

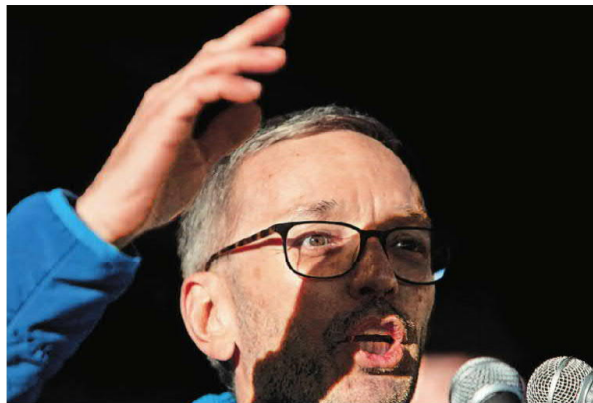
# Nach Demo: Kickl soll gehen

Rücktrittsaufforderungen der ÖVP und massive Kritik von Grünen und Neos, aber keine SPÖ-Kritik an den Auftritten des FPÖ-Klubobmanns. Das Parlament könnte ihn ausliefern.

**WIEN.** Nachdem Herbert Kickl bei den teilweise untersagten Coronademonstrationen am Wochenende in Wien gleich zwei Reden gehalten hat, forderte die ÖVP am Montag den Rücktritt des FPÖ-Klubobmanns. Kickl habe bei seinen Reden „extrem tief in den Schmutzkübel des Antisemitismus gegriffen“, kritisierte ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior. Außerdem habe er mit seinen Reden die folgenden rechts-extremen Krawalle und Gewalttaten gegen Polizisten ausgelöst. Das sei nicht zu tolerieren.

Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) zeigte sich bei einer Rede im Nationalrat „angewidert“ von den „Sieg Heil“-Rufen bei den Demonstrationen. Auch die „Hooligan-Mentalität“, die zu Gewalt und einem schwer verletzten Wachmann führte, sei inakzeptabel, sagte der Kanzler. So etwas sollte in Österreich keinen Platz haben.

Der grüne Abgeordnete Georg Bürtzmayr nannte es unerträglich, dass die FPÖ den antifaschistischen Grundkonsens der Zweiten Republik infrage stelle und sich von Woche zu Woche radikalisiere. Auch Neos-Chefin Beate Meisl-Reisinger warf Kickl vor, Aggressionen und



FPÖ-Klubobmann Kickl bei den Coronademos am Samstag.

BILD: SNA/AFP

Gewalt zu schüren. Von der SPÖ wurde Kickl, der mit „Kurz muss weg!“ auch das Motto der Demonstrationen erfunden hat, interessanterweise nicht kritisiert.

Ob die umstrittenen Demo-Auftritte Kickls auch juristische Folgen haben, ist offen. Mehreren Medienberichten zufolge wurden er und weitere anwesende FPÖ-Politiker von der Polizei wegen Verstoßes gegen die Coronamaßnahmen angezeigt. Kickl selbst dementiert das.

Die Wiener Polizei bestätigte am Montag jedoch zumindest indirekt Anzeigen gegen Kickl und andere FPÖ-Mandatäre.

Aber schützt Kickl nicht ohnehin seine Immunität als Parlamentarier? Nicht unbedingt, sagt Werner Zögernitz, Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen. Seinen Angaben zufolge ist rechtlich das folgende Prozedere vorgesehen: Falls die Behörden einen Auslieferungsantrag stel-

len, muss der parlamentarische Immunitätsausschuss zunächst klären, ob ein Zusammenhang zwischen Kickls Demo-Auftritten und seinem politischen Amt besteht oder nicht. Im ersten Fall werde ein Abgeordneter üblicherweise nicht ausgeliefert, erklärt Zögernitz. Im konkreten Fall könnte das aber anders sein, da Kickl das Nichteinhalten der Masken- und Abstandspflicht zur Last gelegt werde. Er habe damit gegen Gesetzesbeschlüsse ebenjenes Nationalrats verstoßen, dem Kickl selbst angehöre, sagt Zögernitz.

Zur Verteidigung Kickls rückte am Montag FPÖ-Obmann Norbert Hofer aus. Er bezeichnete die Demonstrationen als friedlichen Protest verzweifelter Menschen, den man nicht kriminalisieren dürfe. Gleichzeitig wünschte er dem bei der Demonstration schwer verletzten Wachmann eine rasche und vollständige Genesung. FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz wertete die Kritik von Kanzler Kurz an Kickl als unglaubliche Entgleisung, mit der Kurz die Gesellschaft spalte. **pur**